

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/3

6. Januar 1975

Zur sachlichen Arbeit zurückkehren!

-----  
Appell an alle Demokraten in der Bundesrepublik

Von Albert Osswald MdB  
Ministerpräsident des Landes Hessen und Mitglied  
des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 29 Zeilen

-----  
Groteske Ablenkungsversuche

-----  
Mullissenkämpfe in der CDU/CSU gehen weiter

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 2 und 2a / 70 Zeilen

-----  
Kein Platz für jüdische Emigranten?

-----  
Fragen an die Innenminister der deutschen Länder

Von Norbert Gensel MdB  
Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 63 Zeilen

-----  
Vorkämpfer für die Demokratisierung des Rechtslebens

-----  
Zum 100. Geburtstag des großen Juristen Walther Schückin

Von Gerhard Jahn MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfrak-  
tion und Bundesjustizminister a.D.

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

-----  
Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

-----  
Vor den Wahlen in Thailand

-----  
Gute Wünsche für ein demokratisches Parlament

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 7 / 26 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckerl

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Käliner Straße 108-112, Telefon: 97 68 11

Zur sachlichen Arbeit zurückkehren !

Appell an alle Demokraten in der Bundesrepublik

Von Albert Osswald MdL

Ministerpräsident des Landes Hessen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Alle Politiker und demokratischen Kräfte des Landes sollten nach den leidenschaftlich geführten Wahlkämpfen in Bayern und Hessen und den harten politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1974 im Interesse der Bürger wieder zur sachlichen Arbeit zurückkehren und das politische Handeln und Wollen am allgemeinen Wahl orientieren. Wenn wir alle mit Tatkraft und Entschlossenheit den uns gegebenen Auftrag erfüllen, wird unser Land ein Land der Freiheit, der Toleranz und des gesellschaftlichen Fortschritts bleiben. Vor allem die junge Generation sollte aktiv an der gemeinsamen Gestaltung der Zukunft mitwirken.

In der Demokratie sind zwar Konflikte und Auseinandersetzungen legitim, sie dürfen aber nicht das Bewusstsein für die Gemeinsamkeit der Demokraten trüben. Besonders in schwierigen Phasen sind alle politischen Kräfte aufgerufen, zusammenzustehen und gemeinsam Lösungen zu finden, die dem Bürger ein mehr an Lebensqualität gewährleisten. Aus einem Zwiespalt der Demokraten können allzuleicht die Feinde des demokratischen Staates Nutzen ziehen, so daß es nunmehr trotz aller politischen Gegensätze gelten muß, die Demokratie zu festigen, den Rechtsstaat zu sichern und den Sozialstaat weiter auszubauen.

Wenn auch in den vergangenen Monaten durch Preissteigerungen bei Rohstoffen die gesamte Weltwirtschaft verändert wurde, so ist doch das Fundament unserer Wirtschaft und Gesellschaft tragfähig genug, um auch größeren Herausforderungen standzuhalten. Ich verspreche mir daher für das Jahr 1975 trotz der augenblicklichen Situation einen Wiederaufschwung der Wirtschaft.

Ich bin zuversichtlich, daß durch das gemeinsame Bemühen der Bundesregierung und der Länderregierungen die Stabilität wieder zurückerlangt werden kann und die Vollbeschäftigung wieder erreicht wird. Die Ausgangslage für eine positive Aufwärtsentwicklung im Jahre 1975 ist wesentlich günstiger als in der wirtschaftlich schwierigen Zeit der 50er Jahre, so daß auch in dem kommenden Jahr Reformen die zukünftige Politik bestimmen werden.

(-/ 6.1.1975/ks/ee)

+ + +

### Groteske Ablenkungsversuche

#### Kulissenkämpfe in der CDU/CSU gehen weiter

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Den "besten Mann" der CDU/CSU als Kanzlerkandidaten und ein "vernünftiges Sachangebot" als "große Alternative" zum sozial-liberalen Bündnis in Bonn versprach der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl am Sonntagabend über den Bildschirm wieder einmal den Wählern. Aus diesen Leerformeln läßt sich das ganze Dilemma der Opposition ablesen, in dem sie sich personell und inhaltlich befindet. An diesem Sachverhalt ändern auch die Wahlerfolge der CDU/CSU im vergangenen Jahr nichts; sie haben ihn zwar teilweise und vorübergehend im öffentlichen Bewußtsein überdeckt, die wirkliche Situation der CDU/CSU aber noch komplizierter gemacht.

Es gibt geradezu groteske Ablenkungsversuche von dieser Tatsache, die sich zugleich als innerparteiliche Punktejagd der verschiedenen Mächtigen-Kanzlerkandidaten darstellen:

- Der offizielle Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, Prof. Dr. Karl Carstens, wirft Bundeskanzler Helmut Schmidt Mangel an Nüchternheit und Bagatellisierung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt vor. Er bezog sich dabei konkret auf die Neujahrsansprache des Kanzlers. Entweder hat Prof. Carstens diese Rede nicht gehört bzw. im vorliegenden Text nachgelesen oder er muß sich den Vorwurf wesentlich falscher Unterstellungen machen lassen.

- Der stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Gerhard Stoltenberg suchte sich mit der Aufforderung zu profilieren, die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen sollten keine Gesetzsentwürfe mehr vorlegen, die größere Ausgaben erfordern. Er verdrängte dabei gleich zwei wesentliche Sachverhalte: Einmal die bis vor kurzem anhaltende Strategie der Opposition, die Bundesregierung mit besonders ausgebeintensiven Anträgen in Schwierigkeiten zu bringen, und zum anderen den Willen und die Praxis der Regierung, in dieser Legislaturperiode ausgabewirksame Gesetze nur noch in unumgänglichem Maße einzubringen.

- Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl weist die Übrigen von seinem CSU-Vormann F.J. Strauß ausgelästen Sandkastenspielen um eine Große Koali-

tion mit großer Geistes von sich. Dies geschieht in vollem Wissen, daß es für eine solche Perspektive überhaupt keinen Partner gibt. Es handelt sich hier also um politische Scharlatanerie und Schlagzeilen-Mascherei.

Diese Beispiele für die Unseriosität und Substanzlosigkeit der Opposition stammen aus den letzten Tagen. Die Sammlung liesse sich beliebig erweitern, ohne unbedingt auf die Demagogen vom Dienst wie Abelaun und Reddemann in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder auf Tandler aus der CSU-Landesleitung in München zurückgreifen zu müssen. Trotzdem lohnt es sich gelegentlich, auch die Ergüsse des CSU-Generalsekretärs nachzulesen, zumal wenn sie im "Bayernkurier" sozusagen doppelt als Stimme seines Herrn ausgewiesen sind. So schrieb Tandler am 4. Januar 1975 unter dem Stichwort Ausblick: "Die CSU hat von den Bürgern Bayerns einen klaren Auftrag erhalten, einen Auftrag über Bayerns Grenzen hinaus: Ein Auftrag für die Christlich-Soziale Union und ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Beide werden sich ihrer Aufgabe nicht entziehen." Das ist weit mehr als Kandidaten-Poker. Das ist die erneute Unterstreichung eines massiven Anspruchs für Strauß, der über die Rolle des Königsmachers hinausreicht.

Der CDU-Vorsitzende Dr. Kohl begegnete dieser unverhüllten Bedrohung seiner eigenen Ambitionen am Sonntagabend nur ausweichend und ohne Selbstbewußtsein. Er zog sich mit der Erklärung aus der Affäre, daß die Frage der Kanzlerkandidatur zunächst im eigenen Kreis besprochen werden müsse. In einem anderen Zusammenhang nahm er das Wort von der "Stunde der Wahrheit" in den Mund. Dabei müßte er wissen oder sollte es endlich begreifen, daß diese Stunde vor allem für die CDU/CSU, für ihre Selbstdarstellung und Substanz als Opposition und für seinen eigenen Führungsanspruch einschließlich Kanzlerkandidatur geschlagen hat. Ob es für die Zukunft der Unionsparteien und ihre politische Rolle in unserem Land eine Mainzer oder Münchner Stunde wird, ist dabei schon keine Preisfrage mehr. Die weitere Rechtsdrift innerhalb der Opposition ist bereits programmiert.

(-/6.1.1975/bgy/ben)

+ + +

### Kein Platz für jüdische Emigranten ?

---

Fragen an die Innenminister der deutschen Länder

Von Norbert Gensel MdB

Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Wenn sie in Moskau auf dem Roten Platz für ihre Ausreise aus der Sowjetunion demonstrieren, wenn kommunistische Behörden ihnen das Menschenrecht auf Freizügigkeit verwehren, wenn amerikanische Kongreßmitglieder sie bei Handelsverträgen freikaufen wollen, dann haben sie die volle Anteilnahme der sogenannten Weltöffentlichkeit - die sowjetischen Juden. Mit ihnen scheint sich schließlich beweisen zu lassen, daß der Kommunismus auch antisemitisch ist, daß die Sowjetunion keine Freizügigkeit duldet, daß den Sowjets nur durch genügend zähe Diplomatie humanitäre Erleichterungen abgetrotzt werden können. Solche menschlichen Beweismittel sind vor allem für konservative Politiker und Journalisten der Bundesrepublik nützlich, wenn die eigene Regierung angeklagt wird. Juden, die die Sowjetunion nicht verlassen dürfen, sind gefragte Opfer des Kommunismus, denen "unsere ungeteilte Solidarität gilt". Juden aber, die die Sowjetunion verlassen haben, sind lästige Ausländer, wenn sie sich nicht in Israel niedergelassen haben, "wo sie ja schließlich hingehören".

Viele tausende Juden hat die Sowjetunion in den vergangenen Jahren anscheinend widerstrebend - offenbar gegen den Widerstand der Araber - ausreisen lassen. Der größte Teil ist in Israel aufgenommen worden. Ein paar Tausen haben sich dort nicht zurecht gefunden. "In Rußland waren wir Juden, in Israel Russen", wie einer von ihnen sagte. Einzeln und in Gruppen weisen sie in westliche Staaten, werden abgeschoben, versuchen es anderswo erneut, erleben einen bitteren Nachgeschmack jener Tragödie der 30er Jahre, als jüdische Flüchtlinge vor Hitlers Vernichtungsmaschinerie in vielen Ländern die Aufnahme verweigert wurde. Dennoch - oder gerade deswegen - wagen jetzt auch ein paar Hundert jüdischer Emigranten bei uns in der Bundesrepublik eine neue Heimat zu suchen.

Aber die Deutschen scheinen aus der Geschichte der Juden und ihrer

eigenen Geschichte nicht nur nichts lernen zu wollen, sie ignorieren sie sogar offiziell.

Über eine Aufenthaltserlaubnis für jene "zehn jüdischen Einwanderer aus der Sowjetunion", die sich zur Zeit in Köln aufhalten, hat die zuständige Ausländerbehörde z.B. noch nicht entschieden. Auf eine Anfrage im Bundestag offenbarte das Bundesministerium des Innern am 13. Dezember 1974, "zur Prüfung des Gesamtkomplexes" habe die Innenministerkonferenz auf ihrer Sitzung vom 9. Dezember 1974 einen Ausschuß eingesetzt, "dessen Meinungsbildung zunächst abgewartet werden müsse". Der bayerische CSU-Innenminister Merk wies bereits vorsorglich auf den Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer hin, bei dem man "grundsätzlich keinen Unterschied machen könne zwischen den einzelnen Ausländern nach ihrem Herkunftsland". Und auf die Frage "also kein besondere Behandlung sowjetischer Juden?" antwortete er: "Wir behandeln sie wie jeden anderen Fall auch. Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, wann es für beide Seiten sinnvoll und menschlich wünschenswert ist, nehmen wir einen Bewerber gern. Wenn die Voraussetzungen fehlen, bedauern wir, einem solchen Antrag nicht Rechnung tragen zu können."

Was "sinnvoll und menschlich wünschenswert" für leitende Ausländerbehörden und den verantwortlichen Politiker ist, wird also nun von einem Ausschuß der Innenministerkonferenz geprüft werden. Ein paar Fragen sollten seine Arbeit beschleunigen und erleichtern:

1/ Gilt die politische Forderung nach Freizügigkeit zwischen Ost und West nur für "Auswanderer" und nicht für "Einwanderer" oder soll Freizügigkeit nur die Freiheit sein, fortzuziehen und nicht die Freiheit, irgendwohin zu ziehen? 2/ Beruhten die großzügigen Angebote deutscher Politiker, Solchenyzin in der Bundesrepublik aufzunehmen, nur darauf, daß er auch im Westen über solide Bankkonten verfügte und als Waffe im Kalten Krieg verwendbar blieb, und ist im Falle des namenlosen jüdischen Handwerkers aus Litauen entscheidend, daß er hier zunächst der Sozialhilfe zur Last fallen könnte und ohne jede politische Bedeutung ein bloßes menschliches Problem ist? 3/ Wieviel Dutzend jüdischer Emigranten können in Anbetracht von 4,5 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik noch verkraftet werden?

Zynische Fragen? - Warum nicht? - Die Reaktion mancher Innenminister zum Thema chilenische Flüchtlinge bewies, daß Zynismus die Antwort war, wenn nach Menschlichkeit gefragt wurde. Vielleicht ist die Antwort diesmal menschlich, wenn zynisch gefragt wird.  
(-/ 6.1.1975/ks/ee)

+ + +

**Vorkämpfer für die Demokratisierung des Rechtslebens**  
-----

**Zum 100. Geburtstag des großen Juristen Walter Schücking**

Von Gerhard Jehn MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der  
SPD-Bundestagsfraktion und Bundesjustizminister a.D.

Die deutsche Geschichte ist nicht eben reich an Persönlichkeiten, deren Arbeit für den Frieden unseres Lande auch außerhalb seiner Grenzen Ansehen und Geltung geschaffen hat. Zu lange war auch die Zeit, in dem sie im eigenen Lande auf mehr Argwohn oder gar Ablehnung denn auf Anerkennung oder gar Zustimmung gestoßen sind. So sind manche Männer, auf die wir mit Genugtuung und Dankbarkeit schauen sollten, fast vergessen.

Für einen von ihnen jährte sich am 6. Januar 1975 zum 100. Mal der Geburtstag. Walther Schücking war einer der hervorragendsten Völkerrechtslehrer und -praktiker Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg. Als Professor des Völkerrechts, als Abgeordneter des Deutschen Reichstages und als Deutscher Mitglied des Internationalen Gerichtshofes im Haag arbeitete er mit Geduld, Geschick und Ausdauer an dem Bemühen um eine dauerhafte, völkerrechtlich gesicherte Friedensordnung mit. Sein Wirken scheint vom Elternhaus in Münster i.W. vorbestimmt. Schon der Großvater Levin Schücking, ein Freund der Annette von Droste-Hülendorff, selbst Schriftsteller, hatte sich in zwei seiner Romane mit pazifistischen Gedanken befaßt. Ein Großvater mütterlicherseits, Heinrich Seitzke, hatte als Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses scharf gegen Bismarcks Reorganisation der Armee gekämpft.

Walther Schücking wurde 1900 Professor in Breslau, 1903 Ordinarius für öffentliches Recht in Marburg. Seine pazifistischen und demokratischen Schriften schufen ihm dort manche Schwierigkeiten. Sein Wunsch, ein völkerrechtliches Seminar zu gründen, scheiterte am Widerstand des

Seniors der Marburger Juristenfakultät, Enneccerus. Er galt als so gefährlich, daß er, zugleich Vorsitzender der Fortschrittlichen Volkspartei in Marburg, nicht einmal Stadtverordneter werden konnte.

1919 war Schücking Hauptbevollmächtigter der deutschen Friedensdelegation in Versailles. Als Abgeordneter der Demokratischen Partei gehörte er der Weimarer Nationalversammlung und von 1920 bis 1928 dem Reichstag an. Seit 1921 lehrte er Völkerrecht in Berlin, ab 1926 in Kiel. Aktiv arbeitete er in der Interparlamentarischen Union mit, deren deutscher Gruppe er vorsaß. 1930 wählte der Völkerbund ihn für neun Jahre zum Richter am ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Ende 1933 entließen die Nationalsozialisten den Direktor des Instituts für internationales Recht in Kiel aus dem Staatsdienst. Nach dem berüchtigten § 4 des sogenannten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bot Schücking "aufgrund seiner bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintrete".

Am 25. August 1935 starb Schücking in Den Haag. Seine letzte Ruhe fand er in Oberurff bei Fritzlar. Dort wurde seiner am 6. Januar gedacht, sein Grab als Gedenkstätte eingeweiht.

So wird dem Andenken eines Mannes endlich die Anerkennung gezollt, die dem Staatsrechtler gebührt, der mit Nachdruck für eine Demokratisierung des Verfassungslebens eintrat. Sie gilt ebenso dem überzeugten Pazifisten, der für seine Vorstellungen von einer "gerechten Organisation der Welt" mit den Gedanken und Möglichkeiten des internationalen Rechts arbeitete. Denjenigen, die sich darum bemüht haben, die Erinnerung an Walther Schücking wachzuhalten, gebührt Dank dafür. Ohne die zähe, selbstbewußte und mühselige Vorerbeit solcher Männer wie Schücking wäre der Boden für eine sichere Friedensordnung noch weniger vorbereitet, wäre aber auch das Ansehen unseres Landes in der Welt ärmer.

(-/6.1.1975/bgy/ee)

+ + +



Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Vor den Wahlen in Thailand

Gute Wünsche für ein demokratisches Parlament

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Zwischen Thailand und Deutschland bestehen langjährige, tiefe und freundschaftliche Beziehungen auf allen Gebieten, der Politik, der Wirtschaft und der Kultur. Zahlreiche Thais haben in Deutschland studiert und die Verbindungen, auch die zahlreichen persönlichen Verbindungen, sind selbst in den Wirren der Weltkriege nie abgerissen.

Die Bundesrepublik verfolgt daher mit besonderer Anteilnahme die Entwicklung in Thailand. Sie war im Gegensatz zu den Leistungen Serits in den zehn Jahren der Regierung seines Nachfolgers Thanom, die in diesen Tagen noch als Dezennium des "moralischen Niedergangs eines bäuerlichen Volkes" von einer großen deutschen Zeitung bezeichnet worden sind, ohne Kontrolle durch ein demokratisch gewähltes Parlament mehr und mehr zum Stillstand gekommen und gab angesichts wachsender Probleme Anlaß zur Sorge. Um so mehr ist in der Bundesrepublik der Sturz der Regierung Thanom durch die thailändische Jugend mit Unterstützung des populären thailändischen Königshauses mit Interesse verfolgt worden. Die Wahlen am 26. Januar werden eine Entscheidung bringen, ob und wie sich die Hoffnungen und Erwartungen vor allem der jüngeren Generation Thailands für eine gute Entwicklung erfüllen.

Um so größer war die Überraschung, als Thanom Kittikachorn plötzlich in Thailand auftauchte. Wie so oft in der Geschichte Thailands wurde auch diese Lage gemeistert und der Wahlkampf bleibt hoffentlich in seiner letzten Phase oder größere Zwischenfälle, zumal auch in den letzten Monaten eine gewisse wirtschaftliche Stabilisierung unverkennbar ist. Die Parteien in der Bundesrepublik hoffen und wünschen, daß die thailändischen Wahlen einen ruhigen Verlauf nehmen, und daß trotz aller Widrigkeiten das Parlament die Grundlage für eine arbeitsfähige Regierung schaffen kann, die das Land braucht.

(-/6.1.1975/ka/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert